



# GELD UND RECHT

## TIPPS, TRICKS UND RAT VON EXPERTEN



Fotos: Pixabay.com

### Wertvolle Steuertipps vom Profi-Berater

So spart man bares Geld bei der Erklärung

Jedes Jahr aufs Neue steht die Abgabefrist für die Steuererklärung an. Viele Menschen fragen sich deshalb, ob es den ein oder anderen Steuertipp gibt, mit dem sie das Bestmögliche aus ihrer Steuererklärung herausholen und somit Steuern sparen können. Bevorzugt man gewisse Tipps, bleibt einem durchaus mehr Netto von seinen Bruttoeinkünften übrig und die Rückzahlung des Finanzamtes kann höher ausfallen als bisher. Wichtig hierbei ist vor allem, dass man seine Einkommenssteuererklärung fristgerecht einreicht. Sonst drohen Verspätungszuschläge und Verzugszinsen. Angestellte müssen grundsätzlich keine Steuererklärung abgeben, aber es kann sich lohnen, es dennoch zu tun. Denn das Statistische Bundesamt fand heraus, dass der Großteil der Personen eine

Steuererstattung von durchschnittlich 1.051 Euro erhält. Ein weiterer Steuertipp ist die Nutzung bestimmter Pauschal- und Freibeträge. Sie reduzieren das zu versteuernde Einkommen und da es sich hierbei um festgesetzte Beträge handelt, müssen keine Nachweise erbracht werden. Die sogenannten Werbungskosten sind einer der Pauschalbeträge. Hierbei können bis zu 1.000 Euro beruflich veranlasste Kosten geltend gemacht werden – ohne Belege. Zudem gibt es noch weitere Pauschal- und Freibeträge, die ausgenutzt werden sollten. Hierzu zählen beispielsweise: Kinderfreibetrag, Pflege-Pauschbetrag, Ausbildungsfreibetrag, Home-Office-Pauschale und die Ehrenamts-pauschale. Man sieht also: Verzichtet man auf die Steuererklärung, verzichtet man auf viel Geld. LPS/AM.



Mit wertvollen Steuertipps kann man viel Geld sparen.

Foto: Pexels

Willi Rinne  
Steuerberater

Stefan Kahnt  
Steuerberater

Im Wöhren 4  
30900 Wedemark  
OT Bissendorf  
Telefon 05130/95 90 0  
Telefax 05130/95 90 90

Rinne Steuerberatungsgesellschaft mbH

5597801\_002624

Steuern? Wir machen das.

VLH.

Rolf Blum  
Beratungsstellenleiter  
Walsroder Str. 162  
30853 Langenhagen  
Rolf.Blum@vlh.de  
☎ 0511/8 66 77 01

MONEY  
FAIRSTER  
STEUERHILFE-  
VEREIN

Vereinigte  
Lohnsteuerhilfe e.V.  
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

www.vlh.de

Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

2869301\_002624

Jetzt bewerben!

kleczka

Steuerberatungsgesellschaft

Straßburger Platz 2 I  
30853 Langenhagen  
Telefon (0511) 7253490  
info@stb-kleczka.de

www.steuerberater-langenhagen.de

2772601\_002624

### Achtung: Mieteinnahmen bei der Steuererklärung nicht vergessen!

Rechte und Pflichten von Immobilienbesitzern

Das Vermieten einer Immobilie stellt für viele Eigentümer eine lukrative Geldanlage dar. Dennoch darf dabei nicht vergessen werden, dass es sich bei Mieteinkünften um Einkommen handelt und dieses versteuert werden muss. Aber Vermieter haben nicht nur mit Steuerabgaben zu rechnen, sondern auch mit Steuervorteilen. Stichwort: Werbungskosten. Vermieten Immobilienbesitzer eine Wohnung, so erzielen sie Gewinne aus “Vermietung und Verpachtung” – das regelt § 21 des Einkommensteuergesetzes (EStG). Diese Mieteinnahmen sind verpflichtend in der Anlage V der jährlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Bei der

Steuerberechnung werden jedoch alle Einnahmen den Werbungskosten gegenübergestellt. Das bedeutet, die Mieteinnahmen werden nicht in voller Höhe versteuert, denn Werbungskosten fließen ebenfalls in die Berechnung ein und schmälern somit das zu versteuernde Einkommen. Unter Werbungskosten sind laufende Kosten zu verstehen, die für die Erhaltung und Instandsetzung des Objektes notwendig sind. Darüber hinaus die Grundsteuer, Werbekosten für Inserate und die Nebenkosten selbst. Vermieter profitieren allerdings auch von Steuerfreibeträgen. Das EStG sieht vor, dass Mieteinnahmen bis zu

Jede Art von Einkommen muss in der Steuererklärung angegeben werden. Foto: Pixabay

einem steuerlichen Grundfreibetrag nicht versteuert werden müssen. Für Alleinstehende liegt er bei 10.347 Euro und für Verheiratete bei 20.694 Euro im Jahr.

Dennoch ist es wichtig, alle Mieteinnahmen in der Steuererklärung anzugeben – eine Verschweigung käme einer Steuerhinterziehung gleich. LPS/AM.

### Trotz Krankschreibung ins Ausland fahren

Ist das überhaupt erlaubt oder an einige Bedingungen geknüpft?

Der Urlaub ist endlich da und plötzlich zeigen sich Krankheitssymptome: Eine Horrorstimmung für jeden Arbeitnehmer. Schnell stellt sich die Frage, ob man seinen geplanten Urlaub überhaupt antreten darf, sobald der Arzt Bettruhe verordnet und eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellt. Sofern man seinem Arbeitgeber den “gelben Schein” zukommen lässt, ist der Auslandsaufenthalt an einige Bedingungen geknüpft. Zuerst die gute Nach-

richt: Arbeitnehmern ist es grundsätzlich erlaubt, während einer Krankschreibung in den Urlaub zu fahren. Sollte diese Reise die Genesung allerdings gefährden, ist der Trip nicht gestattet. Mit dem behandelnden Arzt ist abzuklären, ob die geplante Reise zur “Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit” beiträgt. Ist man also erkältet, ist ein sportlicher Skiurlaub nicht das Richtige. Fährt man hingegen in die Berge, um in der Natur zu wandern und sich zu

erholen, ist das im Rahmen des Möglichen. Verstoßen Arbeitnehmer gegen die sogenannte “erhöhte Sorgfaltspflicht gegen sich selbst”, kann sogar die fristlose Kündigung drohen. Ein Beispiel eines Gerichtsurteils des Bundesarbeitsgerichts (BAG) veranschaulicht das: Ein Arbeitnehmer war wegen Konzentrationsschwäche aufgrund einer Hirnhautentzündung krankgeschrieben. Dennoch reiste er in den Skiurlaub. Da man unter diesen Bedingungen seine Genesung gefährdet, ist dieses Verhalten ein fristloser Kündigungsgrund. Anders sieht es aus, wenn man verunfällt, sich ein Bein bricht, länger als sechs Wochen krankgeschrieben ist und ins Ausland möchte. Sobald man im Krankengeldbezug ist, muss beim Versicherer eine Zustimmung eingeholt werden. Andernfalls ruht das Krankengeld während des Auslandsaufenthaltes. Das Bundessozialgericht entschied, dass Versicherer einem EU-Auslandsaufenthalt zustimmen müssen. LPS/AM.

Viele Menschen fragen sich, ob sie sich auch im Ausland von ihrer Krankheit erholen dürfen. Foto: Pexels

### Honorare geltend machen

Steuerberaterkosten

Viele Menschen möchten oder können ihre Steuererklärung nicht selbst machen und beauftragen dafür einen Steuerberater oder sind Mitglied in einem Lohnsteuerhilfeverein. Diese Kosten können als Werbungskosten oder Betriebsausgaben steuerlich geltend gemacht werden. Bei Angestellten sind es Werbungskosten, bei Selbstständigen Betriebsausgaben. Wer seine Steuererklärung hingegen selbst machen möchte, kann PC-Programme, Online-Software und Fachliteratur steuerlich absetzen. Selbst die Fahrten zum Steuerberater, Briefporto und Telefongebühren sind Steuerberaterkosten. Aber: Diese Steuerberaterkosten sind nur dann absetzungs-fähig, wenn sie zur Ermittlung der Einkünfte anfallen, also beruflich veranlasst sind. Das bedeutet, privat veranlasste Steuerberatungskosten können nicht steuerlich geltend gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die Unterstützung bei der Anlage “Kind”. Um möglichst viel aus der potenziellen Steuerersparnis herauszuholen, sollte der Steuerberater beruflich und privat veranlasste Kosten getrennt ausweisen. LPS/AM.

### Mieterhöhung durch Modernisierung

Zulässig oder nicht? Das BGB schützt Mieter, damit es nicht zu Luxussanierungen kommt

Ein ausgebautes Kabelnetz, ein neuer Fahrstuhl oder ein schickerer Balkon: Modernisierungsmaßnahmen in Mietshäusern werden immer häufiger. Vermieter dürfen in ihre Immobilien investieren und die Mieter an den Kosten beteiligen. Aber hierbei gibt es klare Grenzen. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) schützt Mieter, damit Modernisierungen nicht zur Luxussanierung werden. Sobald Vermieter das Mietshaus oder die Wohnungen modernisieren, dürfen sie die Jahresmiete um höchstens acht Prozent anheben. Der Quadratmeterpreis wegen Modernisierung darf innerhalb von sechs Jahren um drei Euro monatlich steigen. Aber was genau fällt eigentlich unter Modernisierung? Zulässig sind solche Umlagen auf den Mieter nur, wenn die Investitionen eine bessere Bewohn-

Nach Modernisierungen wird oft eine höhere Miete verlangt. Foto: BHW

barkeit zur Folge haben. Dazu gehört beispielsweise eine Steigerung der Energieeffizienz, mit der Energie- und Wasserverbrauch langfristig reduziert werden. Luxussanierungen wie italienische Designerfliesen und teure Bädewannen oder Luxusduschen im Badezimmer müssen Mieter nicht nur nicht zahlen, sie können diese sogar gerichtlich stoppen. Dafür ist genug Zeit, denn Vermieter sind rechtlich dazu verpflichtet, den Mietern mindestens drei Monate vor Beginn der Bauarbeiten ein Ankündigungsschreiben zukommen zu lassen. In diesem Schreiben muss auch ersichtlich sein, um wieviel Euro die monatliche Miete voraussichtlich steigen wird. Allerdings sind Vermieter nicht verpflichtet, Angaben zu den zukünftigen Betriebskosten zu machen. LPS/AM.